

31. März 2021

Postulat

von Christina Schiller (AL)
und Luca Maggi (Grüne)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er die seit 2005 existierenden «Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit» (BFE) der Stadtpolizei aufheben oder klare sowie auf Ausnahmefälle beschränkte öffentliche Richtlinien für deren Einsatz festlegen kann.

Begründung:

Seit 2005 setzt die Stadtpolizei im Rahmen von Demonstrationen, Kundgebungen und Sportanlässen die sogenannte «Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit» (BFE) ein. Seit 2017 ist diese immerhin zusätzlich sichtbar beschriftet im Einsatz (auch wenn die in den Medien genannte Begründung «bessere Erkennbarkeit als taktische Einheit» in Bezug auf Deeskalation eher fragwürdig wirkt). Über die Aufgabenfelder der BFE, die internen Dienstanweisungen sowie deren konkreten Aufträge im Einsatz ist nur wenig bekannt. Gemäss Auskunft der Stadtpolizei leistet die BFE durchschnittlich 20 Einsätze im Jahr. In den vergangenen Monaten fiel die BFE im Rahmen von Kundgebungen immer stärker mit besonders aggressivem Verhalten bis hin zu Gewaltübergriffen auf. Dies sorgte auch in Medien für Schlagzeilen (z.B. Tages-Anzeiger vom 17. März 2021: <https://www.tagesanzeiger.ch/wenn-die-rambo-truppe-die-demo-stoppt-694644881655>).

Aufgrund der Erfahrungen aus den Einsätzen der BFE muss davon ausgegangen werden, dass diese mit ihrem Auftreten an den einleitend genannten Einsätzen vermehrt eskalierend statt deeskalierend wirkt. Dies widerspricht der vom Stadtrat in Antworten auf mehrere schriftliche Anfragen sowie bei öffentlichen Auftritten geäusserten Deeskalationspraxis, welche die Stadtpolizei im Rahmen solcher Einsätze verfolgt. Weiter ist nicht ersichtlich, inwiefern die BFE weitergehende Kompetenzen als andere Einsatzkräfte hat oder solche bekommen soll. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, eine ersatzlose Auflösung der BFE zu prüfen oder zumindest öffentliche und auf Ausnahmefälle begrenzte Einsatzrichtlinien für die BFE zu erlassen.

C. Schiller

h.